

Verpflegung in Katastrophen und Notlagen : eine Herausforderung für den Zivilschutz

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz =
Protection civile, protection de la population, protection des biens
culturels = Protezione civile, protezione della popolazione,
protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **54 (2007)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-370522>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERSTE GEMEINSAME FACHTAGUNG VERPFLEGUNG ARMEE – ZIVILSCHUTZ

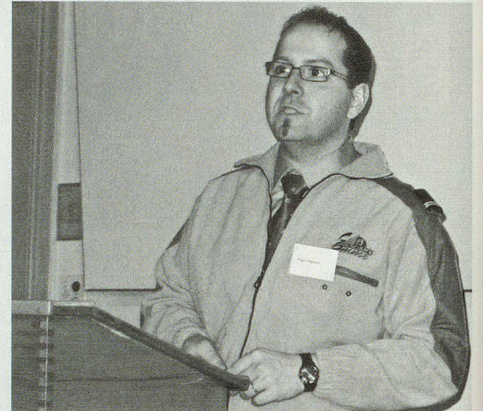
Verpflegung in Katastrophen und Notlagen – eine Herausforderung für den Zivilschutz



«Die Unwetterereignisse der letzten Jahre belegen die Bedeutung der Verpflegung durch den Zivilschutz», sagte U. Hösli, Chef Ausbildung BABS.



«Nationale Sicherheitskooperation bedeutet auch die Zusammenarbeit Zivilschutz – Armee. Dabei sind die Synergien zu nutzen», sagte J. Buchser, Chef Sachbereich Logistik BABS.



«Sie brauchen ausgebildete Leute und eine vorbereitete Infrastruktur» – dies die Erkenntnis von Hubert Koch, Chef Logistik Emmen und Verantwortlicher Verpflegung August 2005.

BABS. In einer Fachtagung «Verpflegung in Katastrophen und Notlagen» haben sich 56 Vertreter und Fachleute aus 17 Kantonen, des Bundes und aus dem Fürstentum Liechtenstein über die neusten Entwicklungen und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Armee und Zivilschutz im Verpflegungsbereich informiert. Organisiert wurde der Anlass durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS in Zusammenarbeit mit dem Kommando Küchencheflehrgang Thun.

Die Fachtagung wurde durch kantonale Zivilschutz-Ausbildungschefs angeregt, weil Erfahrungen aus den letzten Ereignissen wie in Emmen LU auf die gestiegene Bedeutung der Verpflegung durch den Zivilschutz im Einsatz hinweisen. Das Programm bot Erfahrungsberichte und Erkenntnisse aus den Unwetterereignissen August 2005, Informationen über das Verpflegungswesen in Armee und Zivilschutz, die Bedeutung des Lebensmittelrechts, die Besichtigung des mobilen Verpflegungssystems der Armee und Information über die Zivilschutz-Küchenchef-Ausbildung, welche zentral in Thun angeboten wird.

«Heute wird vom Zivilschutz erwartet, dass er im Einsatz für die Verpflegung sämtlicher Einsatzkräfte und weiterer zugewiesener Personengruppen, beispielsweise von Evakuierten aufkommt», sensibilisierte Urs Hösli, Ausbildungschef beim BABS, zu Beginn der Fachtagung. Für die meisten Anwesenden war dies zwar im Grundsatz keine neue Erkenntnis – doch was sie für die Verantwortlichen in den Kantonen und Regionen bedeutet, gab zu Diskussionen Anlass. Welche Vorbereitungen braucht es dazu?

Know-how, Vorbereitung und eine geeignete Infrastruktur

Hubert Koch, Chef Logistik des Zivilschutzes Emmen und Verpflegungsverantwortlicher im Einsatz August 2005, schilderte eindrucksvoll

die Erfahrung, wenn in der Region durch Verkehrs- und Stromunterbrüche der Zivilschutz die einzige Verpflegungsmöglichkeit bietet. Die Verpflegung sämtlicher Einsatzkräfte und die zusätzliche Abgabe von Verpflegungsgütern an 2000 Privatpersonen waren plötzlich Realität. Durch eine gut eingerichtete und vorbereitete Anlageküche, ausgebildetes Personal, viele freiwillige Helfer und Beziehungen des Kadermitglieds zu einer privaten Firma konnte der anspruchsvolle Auftrag erfüllt werden.

Einer der Höhepunkte an der Fachtagung war die Präsentation des neuen mobilen Verpflegungssystems. Künftig werden der Armee über 30 Systeme zur Verfügung stehen. Es sind moderne Küchen, in welchen autonom – das heisst ohne Strom- und Wasseranschluss – für 300 Personen Mahlzeiten zubereitet werden können. Ideal auch für den Einsatz im Rahmen der Katastrophen- und Nothilfe, meinte Stabsadj Fritz Lehner, Verantwortlicher für die Systeme. Es sei sicher sinnvoll, diese mobilen Küchen im Rahmen der Subsidiarität auch zugunsten des Bevölkerungsschutzes einzusetzen, gab sich Oberst i GSt Alois Schwarzenberger überzeugt. Voraussetzung sei allerdings, dass ausgebildete Leute die Systeme aufbauen und bedienen.

Gesundheitsschutz auch im Zivilschutz

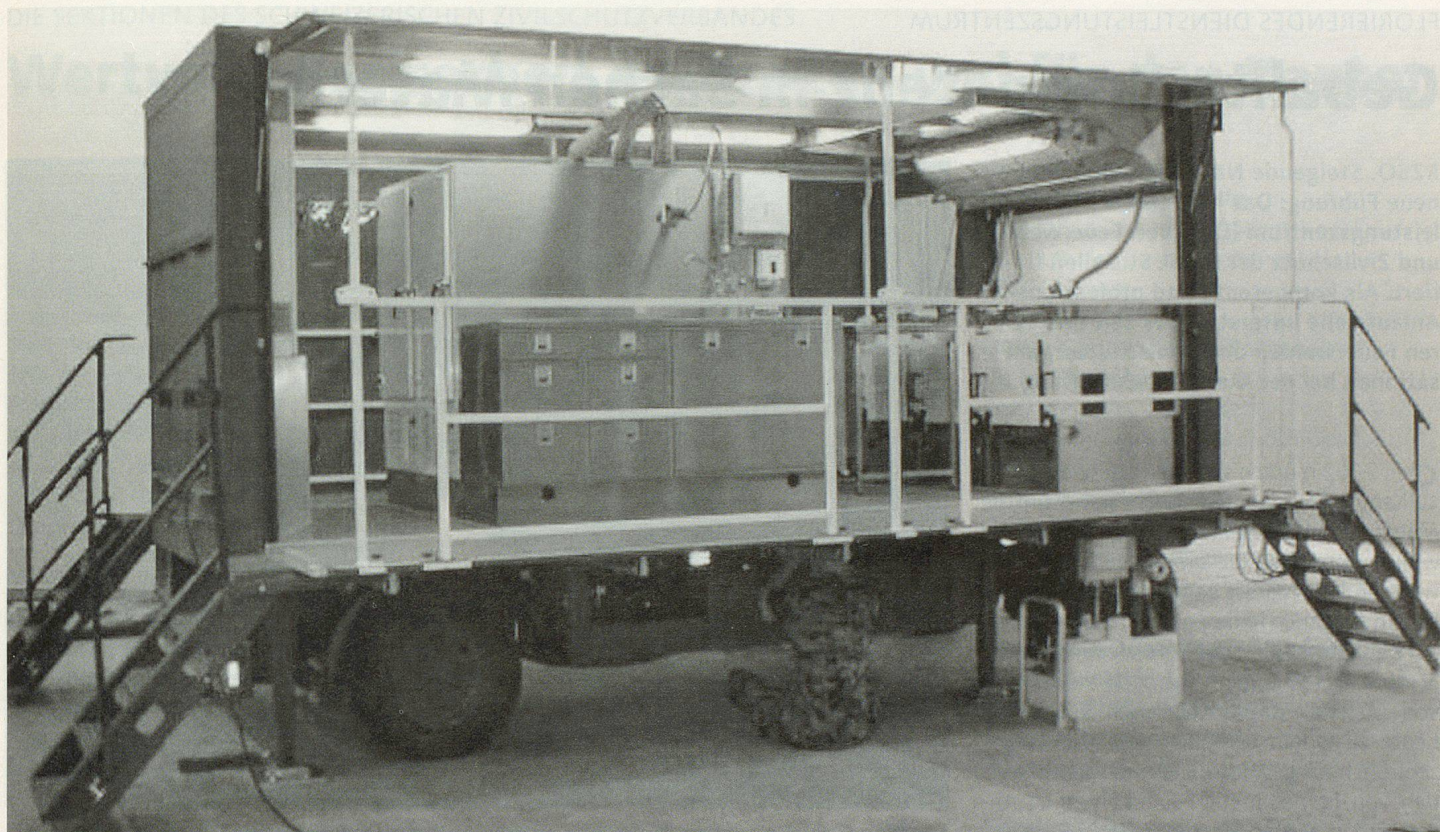
Christina Gut, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesamt für Gesundheit, schilderte

die Bedeutung, welche das neue Lebensmittelrecht speziell auch in Einsätzen des Zivilschutzes einnimmt: «Das Lebensmittelrecht gilt auch für den Zivilschutz», stellte sie klar. Und die Anforderungen sind hoch. Die Kantone tragen dabei die Hauptverantwortung, so müssen zum Beispiel alle Verpflegungsanlässe des Zivilschutzes der kantonalen Vollzugsbehörde (Lebensmittelinspektorat) gemeldet werden. Das Ergebnis der darauf folgenden Diskussion und der Befragung war deutlich: Alle Teilnehmenden erwarten vom Bund, speziell in den Bereichen Infrastruktur, Information und Ausbildung einen deutlich stärkeren Support, zum Beispiel bei der Erstellung von Leitlinien für eine einheitliche und gute Verfahrenspraxis in Form von Weisungen oder in Ausbildungsunterlagen, sowie die nötige Ergänzung der heute «aktiven» Anlageküchen.

Ausbildung der Zivilschutz-Küchenchefs durch den Bund

«Nationale Sicherheitskooperation heisst auch Zusammenarbeit zwischen Armee und Zivilschutz im Verpflegungsbereich», erklärte Jürg Buchser, Chef Sachbereich Ausbildung Logistik BABS. «Thun hat eine hervorragende Infrastruktur und ausgewiesene Fachleute, da macht es Sinn, die Synergie zu nutzen.» Gemeinsam bieten nun das BABS und das Kommando Küchencheflehrgänge eine einwöchige Kaderausbildung zum Zivilschutz-Küchenchef mit gutem Erfolg an. Kantone können gegen Kostenfolge ihre Küchenchefs in Thun ausbilden lassen.

Die kurze Ausbildungszeit verlangt, dass die Kantone junge Schutzdienstpflichtige mit Kaderpotential und einer Ausbildung im Lebensmittelbereich (vorzugsweise Koch) auswählen. Nur so lassen sich die hochge-



FOTOS: VBS

Mobiles Verpflegungssystem der Armee. Modernes Material der Armee – künftig auch für Einsätze des Bevölkerungsschutzes?

steckten Ziele der Ausbildung erreichen und gewährleisten, dass die Zivilschutz-Küchenchefs eine Grossküche im Einsatz aufbauen, führen und die Vorschriften des Lebensmittelrechts einhalten können. Dies ist ein

Anliegen, welches der Kdt des Kdo Kü C LG, Oberst i Gst Schwarzenberger, den kantonalen Vertretern mit auf den Weg gab.

Mit Beat Häni konnte schliesslich ein Kurs Teilnehmer über seine Erfahrungen berichten,

die er im ersten Pilotkurs zum Zivilschutz-Küchenchef vom Dezember 2006 gemacht hat: «Ich habe viel für meine zukünftige Aufgabe als Zivilschutz-Küchenchef gelernt», meinte der ausgebildete Koch. □

DER BUNDESRAT VERSTÄRKT DIE POLITISCHE FÜHRUNG

Nachrichtendienste

Der Bundesrat hat am 1. Januar Kenntnis genommen von den Ergebnissen der Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen dem Inlands- und dem Auslandsnachrichtendienst. Er präzisierte die Zuständigkeiten in der Führung beider Dienste durch den Bundesrat sowie VBS und EJPD, verabschiedete den Bericht in Erfüllung der in einem Prüfungsauftrag abgeänderten Motion der SiK Nationalrat, welche die Schaffung von umfassenden Gesetzesgrundlagen vorschlug, und erliess Grundsätze der Politik für die Nachrichtendienste der Schweiz.

Die Evaluation der Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten (Strategischer Nachrichtendienst im VBS und Dienst für Analyse und Prävention im EJPD) ergab, dass sich die heutigen Kooperationsmechanismen grundsätzlich bewähren, aber einige Fragen im Informationsaustausch zwischen den Diensten noch geklärt und bereinigt

werden müssen. Die Zusammenarbeit soll von den Vorstehern von VBS und EJPD politisch eng begleitet werden.

Die Überprüfung der Führungsabläufe der Nachrichtendienste durch die Exekutive führte zu Anpassungen und zur Stärkung der politischen Führung durch den Bundesrat. Zudem wurden die Zuständigkeiten zwischen VBS und EJPD für einzelne Geschäfte geklärt und die Rolle des Sicherheitsausschusses des Bundesrats (SiA) in nachrichtendienstbezogenen Geschäften präzisiert: Der SiA verfügt über keine Entscheid- oder Führungskompetenzen gegenüber den Nachrichtendiensten; Anträge der Departemente werden vor Beratung im Bundesrat im SiA vorberaten und thematische Schwergewichte für die Tätigkeiten der Nachrichtendienste werden im SiA definiert.

Für den Bundesrat ist die Schaffung eines neuen und gemeinsamen Gesetzes für die Nachrichtendienste über die ohnehin geplanten Revisionen der heutigen Gesetzesgrundlagen hinaus unnötig, weil das Kern-

anliegen der Motion (Stärkung der politischen Führung, Kontrolle und Zusammenarbeit der Nachrichtendienste) durch den Ausbau der Führung der Dienste durch die politische Stufe umgesetzt werden kann.

Schliesslich verabschiedete der Bundesrat Grundsätze einer Politik für die Nachrichtendienste, die innerhalb von Verfassung und Gesetz festlegt, nach welchen Grundsätzen die Dienste ihre Aufträge zu erfüllen haben. Diese Politik wird im Bundesblatt veröffentlicht. Sie definiert die Aufgaben der Nachrichtendienste, die Art und Weise, wie sie eingesetzt, organisiert und geführt werden, nach welchen Prinzipien sie untereinander, mit anderen Bundesstellen und ausländischen Partnerdiensten zusammenarbeiten, Kontrollmechanismen der Exekutive, die parlamentarische Aufsicht sowie Prinzipien des Quellenschutzes und der Information der Öffentlichkeit.

Mit diesen Beschlüssen fördert der Bundesrat den departementsübergreifenden Ansatz für die Nachrichtendienste, stärkt ihre politische Führung und verbessert die Voraussetzungen für ihr wirksames Funktionieren.

Medienmitteilung von VBS und EJPD vom 31. Januar 2007